

Ängstliches Wahlkampfgetöse heizt die westliche Kriegstreiberei an

Die politischen Führer des Westens graben sich ein immer tieferes Loch für ihren endgültigen Zusammenbruch.

8. März 2024 | Editorial

Die westlichen Staaten sind mit einer akuten politischen Krise konfrontiert, in der die etablierten Regierungsparteien und ihre Führer um ihr Überleben kämpfen, da sie in den Augen ihrer Wählerschaft einen gravierenden Legitimitätsverlust erlitten haben.

In den USA bewirbt sich der amtierende Präsident Joe Biden im November um die Wiederwahl mit den historisch niedrigsten Umfragewerten, die je für einen Amtsinhaber im Weißen Haus ermittelt wurden.

In der EU müssen sich die Regierungsparteien und ihre Führer bei den Parlamentswahlen im Juni auf eine herbe Schlappe einstellen.

Die Ursachen für diesen beispiellosen Legitimationsverlust der westlichen politischen Institutionen sind vielfältig. Eine Ursache ist jedoch sicherlich die Heuchelei der westlichen Politiker, die nun offenkundig geworden ist. Wie können politische Persönlichkeiten erwarten, moralische Autorität zu haben, wenn sie als eingefleischte Lügner und schamlose Korrupte dastehen?

Die westlichen Regierungen und ihre unterwürfigen Medien halten Vorträge über „Demokratie“, „Menschenrechte“ und die Aufrechterhaltung von „Recht und Ordnung“. Sie behaupten, von solchen Prinzipien motiviert zu sein, wenn sie die Ukraine gegen die angebliche russische Aggression unterstützen. Doch dieselben Regierungen sind durch ihre „unerschütterliche Unterstützung“ des israelischen Regimes mitschuldig am Völkermord an den Palästinensern in Gaza.

Die westlichen Staats- und Regierungschefs sind durch den Konflikt in der Ukraine und in Gaza auf fatale Weise bloßgestellt und kompromittiert worden. Der Widerspruch ist unüberbrückbar.

Das liegt nicht nur an der eklatanten Doppelmoral und Doppelzüngigkeit. Die westlichen Wähler sind zunehmend angewidert von der unaufhörlichen finanziellen und militärischen Unterstützung, die in die Ukraine fließt, um ein betrügerisches Regime zu stützen, das aus Neonazi-Ideologen besteht. Unter Joe Biden und den amtierenden europäischen Politikern hat der Westen die Ukraine mit Waffen und Hunderten von Milliarden Dollar überschwemmt und damit den größten Krieg aller Zeiten angezettelt.

Und das, während die westliche Bevölkerung, Arbeiter, Bauern und Unternehmen mit zahlreichen sozialen und wirtschaftlichen Belastungen zu kämpfen haben.

Die westlichen Regierungsparteien werden zu Recht als elitär und im Dienste mächtiger oligarchischer Minderheitsinteressen wie dem militärisch-industriellen Unternehmens- und Finanzgeflecht gesehen. Ihre Bekenntnisse zur Demokratie sind ein verachtenswerter Scherz.

Der Krieg in der Ukraine wird von den Wählern zunehmend als katastrophaler Stellvertreterkrieg verstanden, der von den imperialen Zielen der USA und des Westens vorangetrieben wurde, um Russland zu konfrontieren.

Trotz der Verschwendung öffentlicher Gelder für die Propagierung des Krieges hat die von den USA geführte NATO-Achse ihr „großes Spiel“ verloren. Der Stellvertreterkrieg hat die Ukraine verwüstet und in zwei Jahren bis zu 500.000 militärische Todesopfer gefordert. Auch das übrige Europa wurde durch die zunehmende Migration, die fiskalischen Auswirkungen, die Deindustrialisierung und die Zerschlagung der Agrarindustrie destabilisiert.

Die westliche Bevölkerung ist wütend auf ihre politischen Führer, weil sie ein derartiges Chaos und eine derartige Verschwendung von Ressourcen verursacht haben – und weil sie die Spannungen in den internationalen Beziehungen zu Russland mutwillig provoziert haben. Die westlichen Politiker haben die Welt an den Rand eines totalen Krieges zwischen Atommächten gebracht. All dieser verrückte Wahnsinn basiert auf Lug und Trug – wie das Grauen von Gaza und die westliche Komplizenschaft zeigen.

In diesem Kessel der Wählerrevolte graben die westlichen Politiker nur ein tieferes Loch für ihren endgültigen Zusammenbruch.

US-Präsident Joe Biden hat in seiner Rede zur Lage der Nation in dieser Woche den Wählern ein unaufrichtiges Angebot gemacht. Er schilderte, dass die Welt vor einer existenziellen Krise durch die russische „Tyrannei“ steht, und behauptete gleichzeitig, dass das Schicksal der US-Demokratie durch seinen Wahlrivalen Donald Trump bedroht sei.

In einem gefährlichen und verzweifelten Schachzug bringt Biden Trump mit der angeblichen russischen Aggression in Verbindung. Der demokratische Präsident kämpft vor allem deshalb um sein politisches Überleben gegen den voraussichtlichen republikanischen Kandidaten Trump, weil Biden bei den amerikanischen Bürgern so unbeliebt ist. Um seine Wahlchancen zu erhöhen, tut Biden so, als stünde das Land vor einem „Wendepunkt“, der eine Ablehnung Trumps erfordere, weil er sich vor Russland „verbeuge“.

Trump und viele in der Republikanischen Partei sind gegen die Fortsetzung des Stellvertreterkriegs in der Ukraine, weil sie erkennen, dass er aussichtslos ist.

Biden und die Demokraten, die eher mit dem außenpolitischen Establishment der USA verbunden sind, versuchen daher, die Wahl zu einer existenziellen „Verteidigung der Weltdemokratie und des Friedens“ zu machen. Biden behauptete in seiner Rede zur Lage der Nation, dass Russland den Rest Europas überrennen werde, wenn die USA der Ukraine nicht weitere 60 Milliarden Dollar an Militärhilfe zukommen lassen. Biden beschwor sogar die Erinnerung an Roosevelts angeblichen Kampf gegen Nazi-Deutschland im Jahr 1941.

Unterdessen wird in Europa die gleiche kriegstreiberische Hochrisikomasche vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron vorangetrieben. Macron fordert den Einsatz von NATO-Bodentruppen in der Ukraine, um einen russischen Sieg und eine angebliche Bedrohung für den Rest Europas zu verhindern.

Der französische Staatschef ist in den letzten Wochen mit Kriegsgerede fast hysterisch geworden. Gegenüber anderen französischen Politikern erklärte er diese Woche, dass es „keine Grenzen“ für Frankreichs Unterstützung der Ukraine gegen Russland geben werde.

Hinter Macrons kämpferischer Rhetorik steckt die Furcht vor einer politischen Niederlage der Oppositionsparteien bei den bevorstehenden EU-Parlamentswahlen. Nicht nur Macron ist beunruhigt. Alle amtierenden europäischen Staats- und Regierungschefs fürchten sich vor einer zu erwartenden breiten Revolte der Wählerschaft.

Deshalb versuchen der französische Präsident und seinesgleichen wie die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz, die öffentliche Berichterstattung mit Kriegsgerede und der angeblichen Gefahr eines russischen Expansionismus zu dominieren.

Die Ironie daran: Je mehr die westlichen Institutionen Militarismus und Krieg in der Ukraine betreiben, desto schlimmer werden ihre Staaten durch wirtschaftliches Missmanagement und desto mehr sinkt ihre Legitimität in die Gosse. Sie werden mehr und mehr als kriegstreiberische Clique gesehen, die aufgrund ihrer rücksichtslosen Kriegstreiberei in der Ukraine und ihrer verabscheuungswürdigen Komplizenschaft beim Völkermord in Gaza nicht den Hauch eines ethischen Anspruchs hat.

Die Wahlen in den westlichen Staaten werden überbewertet. Wie man so schön sagt: Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie schon vor Jahren verboten worden. Das derzeitige Aufgebot an Oppositionsfiguren und -parteien, die den etablierten Parteien gegenüberstehen, wird keine Lösungen für die endemischen Probleme des westlichen Systemversagens liefern. Nichtsdestotrotz werden die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA und die Wahlen zum EU-Parlament dem politischen Establishment schwere Schläge versetzen, die es abzuwehren gilt.

Um den politischen Weltuntergang zu verhindern, geben westliche Scharlatane wie Biden, Macron, Scholz und von der Leyen ihr Letztes, um den Krieg mit Russland und die „Bedrohung der Demokratie“ zu beschwören und so ihre Wahlkampf Bemühungen aufzubessern. Aber dieser Zynismus ist nicht gerade förderlich für ihre Aussichten. Er wird nach hinten losgehen.

Der von den USA geführte NATO-Stellvertreterkrieg in der Ukraine steht vor einem historischen Debakel. Die verzweifelte Reaktion westlicher Amtsinhaber, die um ihr politisches Überleben kämpfen, macht die nächsten Monate zu einer gefährlichen Zeit.